Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugspreis vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.25, im Ausland mit entsprechendem Postaufschlag.
Annahme von Ankündigungen: Montag bis Sonn. 8–3 Uhr Vorm., Sonntags v. Sonn. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klotzsche 5 Uhr Nachm., Wochentags bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (circa 8 Silben) 15 Pfg., bei Mehrmaligem Satz nach Bestimmung 10 Pfg. Unterm Strich (1spalt.) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenexpeditionen an. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1893.

Papierausstattung Schulartikel etc. Grosshandlung von Buchbinderwaaren **Papierhandlung G. H. Rehfeld & Sohn** Engros & Versandt Dresden-N. Hauptstr. 24. Karten zu allen Gelegenheiten Pathenbriefe etc. etc.

Photographische Apparate für Amateure. Preislisten gratis und franco **Carl Plaul,** Dresden, Wallstrasse 25.

W. F. Seeger, Dresden-N. Kasernenstrasse 13. Fernsprech-Amt II. Nr. 2153. **Weinhandlung** und **Champagner-Fabrik, Wein- und Probirstube.** Kommissionslager in Originalpreisen in allen grösseren Orten von Sachsen und den Nachbarprovinzen. Preislisten versende frei.

NEUHEIT: Indische Kissen. Praktische Kissen für Reise und Sommertrischen. à Stück **Mk. 3,75.** **C. Hesse, Altmarkt.**

Glaswaaren jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl **Wilh. Rihl & Sohn,** Kgl. Hoflieferanten, Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Reise- und Touristen-Artikel: Reisekoffer, Reisetaschen, Necessaires, Reisedecken, Reiseplaids, Reisemäntel, Havelocks, Joppen, Reisehüte, Reisehemden, Touristentaschen, Trinkflaschen empfiehlt in grosser Auswahl **Robert Kunze,** 1 Altmarkt 1 (Rathaus). Reise-Artikel. Herren-Modewaaren. Lederwaaren.

Nr. 127. Spiegel: Der Reichstag aufgelöst. Hofnachrichten. Wirkl. Geh. Rath Schmalz und Tanzetablissements-Inhaber. Amtliche Bekanntmachungen. F. Heubner-Gedächtnißfeier. Versammlung der sächs. Musikdirektoren. Die Künstlerschaft und die Aeußerungen des Kaisers in Rom. **Sonntag, 7. Mai.**

Der Reichstag aufgelöst!

Der Reichstag ist endlich nach langer schwerer Krisis eines frühzeitigen Todes gestorben. Die Auflösung ist gestern erfolgt, als der Antrag Huene mit 210 gegen 162 Stimmen abgelehnt worden war. Diese Minderheit schien allerdings nicht mehr die Aussicht zu bieten, daß sie noch vor einer eventuellen dritten Lesung in eine Mehrheit verwandelt werden könne. Graf v. Caprivi hat sich offenbar von der Unmöglichkeit überzeugt, durch Ueberredung noch Jemanden zu gewinnen. Am 6. Mai 1890 trat der verblichene Reichstag zum ersten Mal zusammen. Er hat also immerhin ein Alter erreicht, wie es früher gesetzlich vorgeschrieben war. Eine Thräne wird ihm schwerlich nachgeweint werden. Unter unheilvollen Auspicien erblickte er das Licht der Welt. Er wurde vor drei Jahren gewählt, als die verhängnißvolle Kanzlerkrisis hereinbrach, die mit der Entlassung des Fürsten Bismarck endete. Er trat in Wirksamkeit ohne Bismarck und hat an Ansehen und Bedeutung verloren, wie niemals eine Volksvertretung unter dem allgewaltigen Einflusse des Altreichskanzlers. Niemandem imponirte er mehr, weder den Regierungen noch dem Volke, und als seine unpatriotische Mehrheit zuletzt zu imponiren versuchte, ist dem Reichstage der Lebensfaden durchschnitten worden.

Nach Artikel 25 der Reichsverfassung müssen innerhalb eines Zeitraumes von 60 Tagen nach der Auflösung des Reichstages die Wähler und innerhalb eines Zeitraumes von 90 Tagen nach der Auflösung muß der Reichstag selbst versammelt werden. Vor sechs Jahren erfolgte in der Septennatsfrage die Auflösung des widerspenstigen Parlaments am 14. Januar. Am 21. Februar fanden bereits die Neuwahlen statt und schon am 3. März wurde der neue Reichstag eröffnet. Diesmal werden ähnliche Zwischenräume innegehalten, so daß der neugewählte Reichstag [illegible] zusammentreten kann. Fraglich bleibt es, ob die Auflösung [illegible] selben Erfolg haben wird wie vor 6 Jahren. Damals bewilligte der neugewählte Reichstag die militärischen Forderungen mit 227 gegen 31 Stimmen, 82 Mitglieder des Centrums enthielten sich in Folge der päpstlichen Einwirkung der Abstimmung. Ein auch nur annähernd so glänzender Sieg scheint heute nicht in Aussicht zu stehen. Daher dürften sich die verbündeten Regierungen nur mit schwerem Herzen dazu entschlossen haben, von dem ihnen verfassungsmäßig zustehenden Rechte der Parlamentsauflösung Gebrauch zu machen. Ernst sind die Gefahren, von denen unsere gesammte innerpolitische Entwickelung bedroht würde, wenn auch der neue Reichstag die Militärvorlage ablehnen sollte. Ein Conflikt zwischen den Regierungen und der Volksvertretung, wie ihn Frhr. v. Huene angedeutet hat, würde von unübersehbaren Folgen begleitet sein, nicht nur für unsere Lage im Innern, sondern auch für unsere nationale Machtstellung dem Auslande gegenüber. Wenn sich die Mehrheit der deutschen Volksvertreter wiederholt weigern würde, die für die Erhöhung unserer nationalen Wehrkraft unbedingt nothwendigen Forderungen zu bewilligen; wenn es den verbündeten Regierungen nicht gelingen sollte, die Verstärkung unseres Heeres auf verfassungsmäßigem Wege durchzusetzen, so würden unsere Feinde im Osten und im Westen mit Recht den Schluß ziehen, daß der nationale Gedanke im deutschen Volke mit Riesenschritten der Zersetzung, dem Verfalle entgegengeht, daß Deutschland nicht mehr im Vollbesitze jener unüberwindlichen elementaren Kraft ist, aus der heraus unsere Einheit geboren wurde.

Schwere innere Kämpfe voll Erbitterung und Leidenschaft stehen uns bevor, wie sie vielleicht seit Bestehen des Reiches noch nicht erlebt worden sind. Von den Führern der klerikalen, der bürgerlichen und der sozialen Demokratie wird eine Agitation entfacht werden, wie sie wüster kaum gedacht werden kann. Alle Mittel einer verhetzenden und zersetzenden Demagogie werden angewendet werden, um die Massen in der verhältnißmäßig kurzen Zeit der Wahlkampagne in Aufregung zu versetzen und zur Wahlurne zu treiben. Die Wahlreden, die in den letzten Tagen im Reichstage von Dr. Lieber, Eugen Richter und Bebel gehalten worden sind, lassen deutlich erkennen, mit welchen Kraftworten, mit welchen zugkräftigen Wahlparolen die Vorkämpfer der schwarzen, der goldenen und der rothen Internationale den Wahlkampf führen werden. Mit rückhaltloser Offenheit hat der Centrumsdemokrat Dr. Lieber erklärt, daß in dem Fortbestand seiner Partei die idealen Interessen des Reiches bedroht seien, daß die spezifischen Parteiinteressen des Centrums wichtiger seien als die Militärfrage. Mit anderen Worten: die hierarchischen, papistisch-jesuitischen Interessen der demokratisch-ultramontanen Partei, denen mit der Ablehnung der Militärvorlage gedient wird, stehen einem Lieber höher im Werthe als die Wehrfähigkeit des Reiches, als die Sicherung unserer Grenzen. Wie bei dem Centrum wird auch bei dem Freisinn in der Wahlkampagne nur die Rücksicht darauf maßgebend sein, auf welche Weise die Partei und deren Führer die besten Geschäfte machen können. Eugen Richter hat am Donnerstag das Bekenntniß abgelegt, daß zur Zeit kein Wahlprogramm populärer sei als dasjenige, welches sich in die Worte zusammenfassen lasse: Keine neuen Steuern, keine neuen Soldaten, keine neuen Reichsgesetze! Die gewissenlosen Agitatoren der bürgerlichen Demokratie werden diesen Fingerzeig ihres Parteipapstes sicherlich zu verwerthen wissen. Die Apostel des Umsturzes werden natürlich in dem rücksichtslosen Bestreben, die rohesten Instinkte und Impulse der Massen zu ihren Gunsten aufzuwühlen, nicht zurückstehen. Einen Weg, der zu diesem Ziele führt, hat Bebel bereits angegeben. Zum Fenster des Reichstages schleuderte er die Behauptung hinaus, daß das allgemeine Wahlrecht bedroht sei. Die Revolution von oben, die angeblich bevorstehe, könne nur durch die Revolution von unten beantwortet werden. Mit solchen Mitteln, die nur der jeder Verantwortlichkeit bare Fanatismus eines vaterlandslosen, antinationalen Parteigeistes an die Hand giebt, werden die Vorkämpfer des demokratischen Ultramontanismus, des jüdischen Fortschritts und der Sozialdemokratie die Wähler zu bearbeiten suchen. Wahrlich, Dr. Lieber hat nicht das mindeste Recht, sich gegen die Rückkehr des „Bismarck'schen Brauches" zu verwahren, nach welchem die Centrumsdemokraten und die Geistesverwandten vom Fortschritt und der Sozialdemokratie des Mangels der Vaterlandsliebe bezichtigt wurden. Mit ironischer Entrüstung rief Dr. Lieber am Freitag aus: „Da nennen wir uns doch lieber Reichsfeinde, Vaterlandsverräther, Vaterlandslose, dann kann ja der alte Tanz, den wir mit der Reichskanzlerschaft des Grafen v. Caprivi für immer ausgetanzt glaubten, wieder angehen, und der Reichskanzler kann selbst die erste Fackel dabei tragen!" Nun, der jetzige Kanzler hat bereits die Fackel ergriffen, um die Lieber'sche Vaterlandsliebe in das rechte Licht zu setzen und damit der so lange verdüsterten Sonne der Bismarck'schen Politik wieder zum Siege zu verhelfen, die in voller Uebereinstimmung mit dem nationalen Theile des deutschen Volkes eine gedeihliche innerpolitische Fortentwickelung des Reiches nur im unablässigen Kampfe gegen die antinationalen, zersetzenden Bestrebungen eines Lieber, eines Eugen Richter, eines Bebel für möglich hält, jener Bestrebungen, die schließlich nichts Anderes bezwecken als den Triumph der schwarzen, der goldenen oder der rothen Internationale. Mit einer nationalen Politik in ein Paktiren, ein Waffenstillstand sowohl mit dem demokratischen Ultramontanismus wie mit dem semitischen Freisinn und dem internationalen Sozialismus unverträglich und unvereinbar.

Angesichts jener Kampfesweise, welche die drei Spielarten der Demokratie einschlagen werden, angesichts der Größe der Gefahren, welche ein innerpolitischer Conflikt heraufbeschwören würde, wird es zur gebieterischen Pflicht für alle staatserhaltenden Elemente im Reiche, denen die Erhaltung unserer nationalen Güter am Herzen liegt, in geschlossener Phalanx in die Wahlkampagne einzutreten. Unter Hintansetzung aller Sonderinteressen der Fraktionen und der Personen wird es sich zunächst nur darum handeln, die gemeinsamen Feinde, die sich in ihren demokratischen Grundanschauungen begegnen, aus dem Felde zu schlagen. Ein engerer Zusammenschluß aller nationalen Parteien, wie er früher unter Bismarck im sogenannten Kartell gegeben war, wie er in Sachsen für die Landtagswahl [illegible] ist, wird aber nur möglich und nur dann erfolgreich sein, wenn die engherzige Fraktionspolitik, wenn der Gedanke, daß das Wesen eines Politikers unter allen Umständen in der Partei aufgehen müsse, nicht mehr wie bisher das Gefühl der Verantwortlichkeit der ganzen Nation gegenüber verdunkelt. Sehr richtig bemerkte am Freitag der nationalliberale Führer v. Bennigsen: Wenn in den Parlamenten und bei den Parlamentariern in ihrer Einwirkung auf die Volkskreise wieder der Gedanke des Vaterlandes eine greifbare Bedeutung gewinnt, wenn wir in einer solchen Lebensfrage wie die Verstärkung unserer nationalen Wehrkraft und in allen großen Fragen sagen: in erster Linie kommt das Vaterland, in zweiter die Partei und ganz zuletzt kommst Du selbst, dann wird sich auch ein größerer Einfluß und eine größere Wirksamkeit für das Parlament wieder ergeben. Möge diese Auffassung allen Patrioten, welcher Parteirichtung sie auch angehören, im Wahlkampfe als Leitstern dienen. Er wird den nationalen Parteien zum Siege verhelfen über die Vertreter der internationalen Mächte, über die inneren Feinde unserer nationalen Ehre und Größe. Unser erster und letzter Schlachtruf aber in den bevorstehenden Kämpfen um unseres Volkes Wohl und Wehe wird sein: „Mit Gott für Kaiser und Reich!" Und alle treuen Sachsen werden den siegverheißenden Wahlspruch hinzufügen: „Mit Gott für König und Vaterland!"

Lo—.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 6. Mai.

Berlin. Reichstag. Die Wahl des Abg. v. Reden (kons.) im neunten hannoverschen Wahlkreise wird mit 188 gegen 167 Stimmen für ungiltig erklärt. Die Novelle zum Militärpensionsgesetz wird in zweiter Lesung durchweg nach den Beschlüssen der Commission (Referent Abg. Hahn) einstimmig en bloc angenommen. Auf Antrag des Abg. v. Huene (Centr.) wird sofort in die dritte Lesung dieses Gesetzentwurfes eingetreten und derselbe nunmehr gleichfalls en bloc und einstimmig endgiltig angenommen. Sodann wird die zweite Berathung der Militärvorlage fortgesetzt. — Abg. Wisser (wildlib.), begründet seinen Antrag auf Aufnahme der Bestimmung in die Verfassung, daß vom 31. März 1899 ab die Dienstzeit bei den Fußtruppen zwei Jahre betrage. Ferner soll vom 1. Januar 1899 ab der Gesammtetat des deutschen Heeres wie alle übrigen Posten des Reichshaushaltsetats jährlich festgestellt werden. — Abg. v. Helldorff (kons.): Wir wollen froh sein, bei der gegenwärtigen Situation einen in militärischen Dingen so sachverständigen Reichskanzler zu haben. Bismarck habe eine noch viel weitergehende Vorlage für nöthig gehalten. Mit der letzten Vorlage sei mehr eine Armee auf dem Papiere geschaffen worden, jetzt solle einmal eine Arbeit gemacht werden. Wir seien in militärischer Beziehung zurückgeblieben. Werde diese Vorlage angenommen, so werde uns Frankreich wahrscheinlich nicht mehr angreifen können. Dr Lieber habe gestern seine Aschaffenburger Rede zu vertheidigen versucht, in einer Kölner Versammlung habe aber Herr Lieber seine Gedanken noch schärfer zum Ausdruck gebracht: er habe da gesagt: selbst wenn der Fortbestand und die Sicherheit des Reiches von dem Zustandekommen der Vorlage abhinge, so müßte der Fortbestand der Centrumspartei doch höher stehen. (Ört. hört.) Lieber sagte, der Reichskanzler habe seine Aschaffenburger Rede in's Bismarck'sche übersetzt. Bismarck habe aber noch in letzter Zeit in Süddeutschland gezündet. Bismarck sei die Verkörperung des Reichsgedankens. Der Reichskanzler habe in dieser Vorlage bismarckisch gesprochen und werde damit auch in Süddeutschland wohl verstanden werden. (Lebhafter Beifall. Abg. v. Vollmar: Fällt uns gar nicht ein!). Bismarckisch sprechen — Dank, Lieber, daß Du mich dies Wort gelehrt. In Paris jubelt man über den Fall der deutschen Militärvorlage und votire den elsaß-lothringischen Abgeordneten den Dank. Redner wendet sich mit Entschiedenheit gegen den Fraktionsgeist und begrüßt den Antrag Huene als Wahlparole, weil Abg. v. Huene sich von dem Parteibanne losgemacht habe. Es dürfe nur noch deutsche, nicht einseitige Fraktionspolitik getrieben werden. Lieber habe den Föderalismus als eines der Idealinteressen des Centrums bezeichnet. Lieber hätte für sich die Demokratie nennen sollen. Im Gegensatz zu Dr. Lieber müsse das Wort bei uns zur Geltung gelangen: Erst das Vaterland, dann die Partei und zuletzt die Person. (Beifall.) — Abg. Graf Preysing-Straubing (Centr.): Der Reichskanzler habe ihm zugerufen: Es thut mir leid, es thut mir weh, daß ich Dich in der Gesellschaft sehe. Er werde sich von diesem Kreise nicht trennen. Das Centrum ist weder demokratisch, noch aristokratisch, sondern hält die Mitte zwischen Beiden. Redner verwahrt sich dagegen, daß die Ablehnung dieser Vorlage unpatriotisch sei und schließt mit der Versicherung der Treue der Bayern zum Reich. — Abg. Frhr. v. Hornstein (fraktionslos) nimmt dem Antrage Huene zu und verweist zur Deckung der Kosten auf eine Wehrsteuer. Er verwahrt sich gegen die Vermengung der katholischen Sache mit der Militärfrage und protestirt gegen die Terrorisirungsversuche der badischen Centrumspresse. — Abg. Frhr. v. Münch (fraktionslos) spricht sich gegen die Vorlage bezw. gegen den Antrag Huene aus und verlangt Volkswehr. Die Vorlage sei militärisch, politisch und sozial ungerechtfertigt. Nachdem die Regierung den russischen Handelsvertrag beschlossen, müsste es ihr leicht sein, auch einen Allianzvertrag mit Rußland abzuschließen (die Rede bleibt wegen der während derselben herrschenden Unruhe im Wesentlichen im Haus und auf den Tribünen unverständlich. Stürmische Rufe: Schluß! Schluß! machen keinen Eindruck auf den Redner). — Die Abgg. Ackermann (kons.), Holtzmann und Stumm (Reichsp.) beantragen Vertagung, die Abgg. Fritzen (Centr.), Letocha (Centr.) und Graf Hompesch (Centr.) Schluß der Debatte. Die Vertagung wird abgelehnt, der Schluß der Debatte beschlossen. — Abg. Rickert (freis.) bemerkt, durch den Schluß der Debatte an der Abgabe einer Erklärung Namens eines Theils seiner Freunde verhindert zu sein; Abg. Dr. Lieber erklärt, durch den Schluß der Debatte an einer ausführlichen Erwiderung gegen Hrn. v. Helldorff verhindert zu sein; Abg. Bödel erklärt Namens seiner Freunde Werner und Zimmermann, daß sie mit Rücksicht auf die traurigen wirthschaftlichen Verhältnisse gegen die Vorlage stimmen müßten. Abgg. Pickenbach und Liebermann v. Sonnenberg erklären ihre Zustimmung zu dem Antrag v. Huene im Interesse der Wehrfähigkeit des Landes. — Abg. Prinz Carolath (fraktionslos) bemerkt, daß er durch den Schluß der Debatte verhindert sei, einen von ihm eingebrachten, aber noch nicht gedruckten Antrag zu motiviren. Er wünscht, daß sich der Reichskanzler dazu erkläre. — Reichskanzler Graf v. Caprivi bemerkt, daß er nichts zu erklären habe. Wenn ein Mitglied der Regierung spräche, sei die Debatte wieder eröffnet. — Der Präsident giebt das Wort dem Abg. Pickenbach (Antis.), der aber mit Rücksicht auf die Stimmung des Hauses verzichtet. Die Debatte wird abermals geschlossen und in die Abstimmung durch Namensaufruf eingetreten. § 1 wird in der Fassung der Regierungsvorlage gegen die Stimmen der Deutschkonservativen und in der Fassung des Antrags Huene mit 210 gegen 162 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag Huene stimmen Konservative, Reichspartei, Nationalliberale und Polen; geschlossen: ferner von den Freisinnigen Abgg. Brömel, Hinze, Manger, Dr. Alexander Meyer, Schröder und Dr. Siemens, vom Centrum Graf Adelmann, Prinz Ahrenberg, Graf Ballestrem, Graf Chamaré, Dr. v. Gliszczynski, v. Huene, Lender, Graf Matuschka, dann Reis, Frhr. v. Pfetten, Porsch, Frhr. v. Reitzenstein, von den Fraktionslosen Prinz Carolath, Rösicke, Wisser, Thomsen, Frhr. v. Hornstein, Liebermann v. Sonnenberg, Pickenbach und Ahlwardt. Ein Elsässer enthält sich der Abstimmung, vier andere Elsässer fehlten. Der Reichskanzler erhebt sich und verliest eine Kabinetsordre von heute, wonach der Reichstag für aufgelöst erklärt wird. — Präsident v. Levetzow giebt die übliche Geschäftsübersicht und schließt die Sitzung mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser, in welches das Haus lebhaft einstimmt. Die Sozialdemokraten haben kurz vorher den Saal verlassen.

Berlin. Während der heutigen Reichstagssitzung fanden noch fortgesetzt Verhandlungen über Herbeiführung eines annehmbaren Kompromisses statt. Die Versuche, eine Verständigung auf der Grundlage der gesetzlichen Festlegung der zweijährigen Dienstzeit für die Dauer der Geltung der erhöhten Präsenzziffer (Antrag Prinz Carolath-Rösicke) herbeizuführen, scheiterten an dem Widerspruch des Reichskanzlers, der wie verlautet, von noch höherer Stelle veranlaßt war. Der Antrag wurde deshalb überhaupt nicht eingebracht. Um Zeit für diese Verhandlungen zu gewinnen, erhielt der Wilddemokrat Frhr. v. Münch das Wort, der sich, einmal losgelassen, nicht wieder einfangen lassen wollte, und der seinen Redestrom fließen ließ, obgleich ihm nicht die geringste Aufmerksamkeit zu Theil wurde. Wiederholte stürmische Schlußrufe genirten ihn nicht; er stand wie ein Fels in tosender Brandung und redete in seiner monotonen, im Hause und auf den Tribünen fast unverständlichen Sprechweise. Ironischer Beifall lohnte ihn, als er endlich schloß. — Die „Post" schreibt: Eine Berliner Meldung der „Frkf. Ztg." spricht davon, daß in gewissen Kreisen die Absicht bestehe, den Fürsten Bismarck in den bevorstehenden Wahlkampf mit hineinzuziehen. Wenn dabei an eine irgendwie aktive Betheiligung des Fürsten gedacht wird, ist ein solcher Plan jedenfalls als aussichtslos zu bezeichnen. Wie wir zuverlässig wissen, hat der Fürst erst neulich versichert, daß es nicht in seiner Absicht liege, sich am parlamentarischen Leben, sei es im Reichstag, sei es im Herrenhaus, aktiv zu betheiligen. Die Ansicht kann demnach für mehr als unwahrscheinlich gelten, daß der Fürst gesonnen sein könnte, in die bevorstehende Wahlbewegung persönlich einzugreifen.

Berlin. Der Bundesrath nahm gestern die Vorlage über die Postdampfschiffahrtsverbindung Ostasien-Australien und die Novelle zur Konkursordnung an. Die Gesetznovelle, betreffend die Gewährung von Unterstützungen an Invalide aus den Kriegen vor 1870 und deren Hinterbliebene behufs Gleichstellung mit denen des Krieges von 1870/71 und die Verträge mit Serbien gingen an die zuständigen Ausschüsse. Auch heute war der Bundesrath versammelt, um die Auflösung des Reichstags zu beschließen. — Die Städte Danzig und Thorn begehen morgen die Feier ihrer 100jährigen Vereinigung mit Preußen. — Beim württembergischen Gesandten fand gestern ein Diner statt, bei dem der Reichskanzler Graf Caprivi und verschiedene Mitglieder des Bundesraths, darunter der sächsische Minister v. Metzsch, theilnahmen. — Am nächsten Mittwoch beginnen die Plenarsitzungen der Börsen-Enquete-Kommission wieder, die ihre Aufgaben bis Pfingsten zu erledigen gedenkt. — Bis zum heutigen Tage sind auf die am 11. April aufgelegte 160 Mill. Mk. 3prozentiger Reichsanleihe 156,787,000 Mk. voll eingezahlt worden, es bleibt also noch ein Betrag von nur 3,213,000 Mk. einzuziehen. Ein ähnlich hoher Prozentsatz ist auf die aufgelegten 140 Mill. Mk. preußische Konsols eingezahlt worden.

* Berlin. Die „Freis. Ztg." erklärt, daß eine engere parlamentarische Gemeinschaft mit den sechs Freisinnigen, die für den Antrag Huene gestimmt haben, fernerhin durchaus unmöglich sei, dieselben verzichten auch mit Ausnahme Hinze's darauf, sich um eine neue Kandidatur zu bewerben. Aber auch für den Wahlkampf selbst dürfe die freisinnige Partei nirgends einen Zweifel bestehen lassen, daß der Antrag Huene zwischen ihr und ihren bisherigen sechs Fraktionsgenossen das Tischtuch zerschnitten habe. — Die Verkündigung des Resultats über die Abstimmung des Antrags Huene wurde links und im Centrum mit Beifall, rechts mit Zischen aufgenommen.

* Paris. Die Nachricht von der Ablehnung der Militärvorlage und der Auflösung des deutschen Reichstags wurde während der Kammersitzung bekannt und rief einen großen Eindruck und unverhohlene Befriedigung hervor.

Pfund's Sterilisirte Kinder-Milch. Trocken Fütterung. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 79.